

## **Entschließungsantrag**

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

zur Aktuellen Stunde am 23.03.2011 – DS 5/2905 Atomkraft, nein danke! - Für eine zukunftsfähige Energieversorgung in Brandenburg und Deutschland

### **Energiepolitik ist eine zentrale Säule zukunftsfähiger Wirtschafts- und Klimaschutzpolitik**

Der Landtag stellt fest:

Das von der Bundesregierung verkündete dreimonatige Moratorium für die vereinbarte Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke in Deutschland korrigiert weder die grundsätzlich falschen energiepolitischen und gesetzlichen Weichenstellungen, noch gibt es Antworten auf die Frage, wie ein zukunftsfähiges und nachhaltiges Energiekonzept für die Bundesrepublik aussieht.

Am Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Steigerung von Energieeffizienz und Energieeinsparung sowie dem umweltverträglichen Netzausbau führt kein Weg vorbei, um den Klimaschutz sowie eine zukunftsfähige Versorgung - vor allem mit Strom und Wärme - sicher zu gewährleisten. Ein Energiekonzept der Zukunft kann nur mit einer konsequenten Neuausrichtung der nationalen und europäischen Energiepolitik erreicht werden. Dabei spielen die Interessen der Menschen vor Ort eine immer stärkere Rolle. Erneuerbare Energien wie auch die Erforschung von neuen Technologien sind ohne die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger nicht möglich.

Der Landtag möge beschließen:

1. Der brandenburgische Landtag bekräftigt seine Beschlüsse „Am Atomausstieg muss festgehalten werden“ (Drs. 5/883) und „Die Gefahren der Atomkraft machen nicht an Ländergrenzen halt“ (Drs. 5/1101) und spricht sich dafür aus:

- dass die am 28. Oktober 2010 durch den Deutschen Bundestag beschlossene Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke umgehend zurückgenommen wird;
- dass die ältesten Reaktoren Biblis A, Biblis B, Brunsbrüttel, Neckarwestheim I, Phillipsburg I, Isar I, Unterweser und Krümmel unverzüglich und endgültig stillgelegt werden.

Datum des Eingangs: 22.03.2011 / Ausgegeben: 22.03.2011

2. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich weiterhin in Gesprächen mit Regierungsvertretern der Republik Polen gegen den Bau eines Atomkraftwerkes in Polen zu engagieren.

3. Der Landtag bittet die Landesregierung, gegenüber der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass diese sich im europäischen Maßstab für einen Ausstieg aus der Atomenergie einsetzt.

Begründung:

Um die langfristigen Klimaschutzziele im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung auch im Land Brandenburg erfüllen zu können, muss ein grundlegender Wandel in der Energieversorgung stattfinden. Zentrale Elemente dafür sind der Ausstieg aus der Atomenergienutzung, der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Senkung der Stromnachfrage durch Effizienzsteigerungen und Energieeinsparung und der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung. Die sofortige Stilllegung von acht Atomkraftwerken ist ohne Einschränkung der Versorgungssicherheit und ohne zusätzliche Stromimporte möglich. Erneuerbare Energien müssen langfristig den überwiegenden Teil der Stromerzeugung übernehmen. Die Potentiale hierfür sind auch in Brandenburg vorhanden. Deshalb gilt es, den Spitzenplatz des Lands Brandenburg in Deutschland bei den Erneuerbaren Energien auszubauen und diese stärker als bisher für die Versorgung mit Strom und Wärme sowie die Sicherung der notwendigen Mobilität nutzen.

Der Atomausstieg in Deutschland ist ein notwendiger, aber bei weitem nicht ausreichender Schutz vor den Risiken der Atomenergie. Radioaktive Strahlung macht nicht vor Ländergrenzen Halt. Deutschland sollte daher gemeinsam mit anderen Ländern, die die Atomenergie ebenfalls ablehnen, für einen europaweiten Ausstieg werben.

Ralf Holzschuher  
für die Fraktion der SPD

Kerstin Kaiser  
für die Fraktion Die Linke